

Die Schweiz und der Europarat

Eckpunkte

- Die Schweiz trat dem Europarat am 6. Mai 1963 als 17. Mitgliedsland bei
- Sie hat 109 Konventionen des Europarates ratifiziert und weitere 15 unterzeichnet, die noch zur Ratifizierung ausstehen
- Die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz erfolgte am 28. November 1974
- Die Schweiz wird vom 18. November 2009 bis Mai 2010 sechs Monate den Vorsitz des Ministerkomitees führen

Übersicht

Die Hauptziele des Europarates, der ältesten paneuropäischen Organisation, sind der Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Organisation zählt 47 Mitgliedsstaaten und hat mehr als 200 Konventionen hervorgebracht, von denen viele über den ganzen Kontinent hinweg zu nationalem Recht wurden. Die Schweiz trat dem Europarat am 6. Mai 1963 bei und ist ein sehr aktives Mitglied der Organisation.

Das Exekutivorgan der Organisation ist das **Ministerkomitee**. Es nimmt Konventionen an, formuliert Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten und überwacht die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Es besteht aus den Aussenministern – momentan Micheline Calmy-Rey im Falle der Schweiz – oder deren ständigen Vertretern, die in der Regel als Botschafter in Strassburg sind. Ständiger Vertreter der Schweiz ist seit Dezember 2007 Paul Widmer.

Nach ihrer Annahme durch das Ministerkomitee liegen die Konventionen zur Zeichnung durch die Staaten auf, die diese dann ratifizieren müssen, damit sie rechtlich bindend werden. Das letzte Protokoll, das die Schweiz ratifiziert hat (im Mai 2004), war das 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, welches das Kontrollsystem der Konvention ändert.

Die **Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE)** setzt sich aus Parlamentariern der 47 Mitgliedstaaten zusammen. Die von der Versammlung verabschiedeten Texte – Empfehlungen, Entschliessungen und Stellungnahmen – dienen dem Ministerkomitee, den Regierungen, Parlamenten und Parteien als Richtlinien. Jährlich finden vier Sitzungen statt, die jeweils eine Woche dauern.

Die Schweizer Delegation umfasst sechs Delegierte und sechs Vertreter. Maximilian Reimann (ALDE) ist derzeit Leiter der Schweizer Delegation. Ihre Mitglieder in der Parlamentarischen Versammlung werden aus dem Schweizer Parlament gewählt.

Die Schweiz ist auch im **Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates** vertreten, wo sechs Mitglieder in der Kammer der Gemeinden und weitere sechs Mitglieder in der Kammer der Regionen kommunale bzw. regionale Behörden vertreten.

Der Generalsekretär des Europarates – derzeit Thorbjørn Jagland (Norwegen) – wird auf fünf Jahre gewählt und ist für die strategische Planung, das Tätigkeitsprogramm und den Haushalt der Organisation verantwortlich. Das Budget des Europarates beträgt für das Jahr 2009 über 205 Millionen Euro, zu denen die Schweiz 4 301 761, 97 Millionen Euro beiträgt (2,1%).

Der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte** (EGMR) stellt sicher, dass Staaten, welche die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben, ihren Verpflichtungen nachkommen. Das Gericht prüft von Einzelpersonen oder Staaten eingereichte Beschwerden und erlässt rechtlich bindende Urteile, wenn es zu dem Schluss kommt, dass ein Mitgliedstaat gegen ein oder mehrere Menschenrechte verstossen hat. Das Gericht setzt sich aus jeweils einem Richter aus jedem Mitgliedstaat zusammen. Die Richter werden von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der Schweizer Richter ist Giorgio Malinverni, der sein Amt im Januar 2007 angetreten hat.

Am 31. Dezember 2008 waren 559 Beschwerden gegen die Schweiz anhängig (etwa 0,006% aller Fälle), die noch zur Entscheidung ausstanden. Das Gericht sieht sich einer übermässig grossen Anzahl an Beschwerden – etwa 97 300 anhängige Beschwerden zum 31. Dezember 2008 – ausgesetzt, wodurch seine Effektivität beeinträchtigt wird.

Mehrere unabhängige Organe überwachen die Einhaltung der Menschenrechtsstandards des Europarates in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Der Menschenrechtskommissar des Europarates ist eine unabhängige Einrichtung, die sich für den Schutz der Menschenrechte in den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema einsetzt. Am 7. Mai 1999 verabschiedete das Ministerkomitee eine Entschliessung, die die Einrichtung des Amtes des Menschenrechtskommissars vorsieht und dessen Aufgabenbereich festlegt. Alvaro Gil-Robles war der erste Menschenrechtskommissar des Europarates (15. Oktober 1999- 31. März 2006). Sein Nachfolger Thomas Hammarberg ist seit dem 1. April 2006 im Amt. Der Menschenrechtskommissar des Europarates setzt sich für die tatsächliche Einhaltung der Menschenrechte ein und unterstützt die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der Menschenrechtsnormen des Europarates. Er fördert die Bildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Bereich der Menschenrechte, zeigt eventuell bestehende Mängel in Gesetzgebung und Praxis beim Schutz der Menschenrechte auf, erleichtert die Arbeit nationaler Einrichtungen wie Beschwerdestellen und berät in Fragen zum Schutz der Menschenrechte.

Das **Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)** besucht Hafteinrichtungen (z.B. Gefängnisse und Jugendvollzugsanstalten, Polizeireviere, Hafteinrichtungen für Einwanderer und psychiatrische Kliniken), um zu sehen, wie Personen, denen die Freiheit entzogen wurde, behandelt werden, und falls notwendig den Staaten Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Die Mitglieder sind alle unabhängige Experten. Die Schweiz wird bis Dezember 2009 von Jean-Pierre Restellini vertreten, der sowohl Jurist als auch Gerichtsmediziner und Internist ist. Restellini war zudem Leiter der Abteilung Gefängnismedizin und Kantonsarzt in Genf.

Die **Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz** (ECRI) kämpft gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Ihre Tätigkeit umfasst alle notwendigen Massnahmen, um gegen Gewalt, Diskriminierung und Vorurteile wegen Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit, ethnischer Zugehörigkeit oder Herkunft vorzugehen. Bislang hat ECRI vier Berichte über die Situation in der Schweiz veröffentlicht. Daniel Thürer, Jurist und Professor für Völkerrecht, Europarecht, öffentliches Recht und vergleichendes Verfassungsrecht an der Universität Zürich, sitzt bis 1. Januar 2014 für die Schweiz in der Kommission.

Fragen und Antworten

Welche Konventionen hat die Schweiz ratifiziert?

Die Schweiz hat 109 Europarats-[Konventionen](#) ratifiziert, darunter die [Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse](#), das [Europäische Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten](#), das [Europäische Auslieferungsübereinkommen](#) (und dessen Zusatzprotokolle), das [Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches](#), das [Europäische Übereinkommen über die Adoption von Kindern](#), das [Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus](#), das Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume, das [Europäische Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge](#), die [Europäische Charta der Kommunalen Selbstverwaltung](#), die [Europäische Charta der Regional- oder Minderheitssprachen](#), das [Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe](#) und das [Strafrechtsübereinkommen über Korruption](#).

Die letzte Konvention, die die Schweiz ratifiziert hat, war das [Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin über das Verbot des Klonens von menschlichen Lebewesen](#) (im Juli 2008).

Welche Konventionen hat die Schweiz unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert?

Die Schweiz hat 15 [Konventionen](#) unterzeichnet, die noch nicht ratifiziert wurden, darunter die [Europäische Sozialcharta](#), das [Übereinkommen über Computerkriminalität](#), das [Europäische Landschaftsübereinkommen](#) und die [Konvention des Europarates gegen Menschenhandel](#).

Welche Konventionen hat die Schweiz weder ratifiziert noch unterzeichnet?

Die Schweiz hat 83 Europarats-[Konventionen](#) weder ratifiziert noch unterzeichnet, darunter das [Europäische Fürsorgeabkommen](#), das [Europäische Übereinkommen über die Ahndung von Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr](#), das [Europäische Abkommen über Soziale Sicherheit](#), das [Europäische Übereinkommen über die Rechtsstellung der Wanderarbeiter](#), das [Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit](#), das [Zivilrechtsübereinkommen über Korruption](#), das [Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus](#) und das [Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch](#).

Wie oft hat das CPT die Schweiz besucht?

Seit seiner Gründung 1989 hat das CPT der Schweiz fünf reguläre Besuche abgestattet, nämlich 1991, 1996, 2001, 2003 und 2007.

Was steht im letzten CPT-Bericht über die Schweiz?

Nachdem das CPT im September/ Oktober 2007 Hafteinrichtungen und Polizeistationen sechs verschiedener Schweizer Kantone (Argau, Bern, Genf, Wallis, Zürich und Solothurn) besucht hat, verfasste es einen detaillierten Bericht mit einer Reihe von Empfehlungen, die die Schweizer Behörden in Erwägung ziehen sollten, um den Menschenrechtsstandards des Europarates gerecht zu werden. Im Besonderen machte das CPT auf Fälle schlechter Behandlung durch die Genfer Polizei, unangebrachte Bedingungen für Häftlinge mit psychischen Störungen in Bern sowie auf mangelhafte Bedingungen für isolierte Häftlinge in Hochsicherheitsgefängnissen aufmerksam. Zudem wollte es darüber informiert werden, wann das neue Schweizer Strafgesetzbuch, das garantiert, dass Straftäter im ganzen Land gleich behandelt werden, in Kraft tritt. Der Text über das Strafgesetzbuch wurde im April 2008 angenommen.

Was war das Ergebnis des letzten ECRI-Berichts über die Schweiz?

In ihrem letzten Bericht über die Schweiz, der im September 2009 veröffentlicht wurde, hebt ECRI hervor, dass Massnahmen zur Förderung der Integration von Immigranten in Bereichen wie zum Beispiel Beschäftigung, Wohnung und Gesundheit ergriffen wurden. Sie stellte mit Zufriedenheit fest, dass die für Rassismus und Migration zuständigen Bundesbehörden weiterhin die Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung aufgrund der Rasse verfolgen und begrüßte die zur Bekämpfung des rechten Extremismus ergriffenen Massnahmen. ECRI brachte jedoch auch ihre Besorgnis über das gefährliche Wachstum des rassistischen politischen Diskurses gegenüber Menschen, die keine Staatsbürger sind, Muslimen, Schwarzen und anderen Minderheiten zum Ausdruck. Sie stellte fest, dass die Gesetze unzureichend entwickelt sind, um die direkte Rassendiskriminierung zu behandeln, welche insbesondere Muslime und Menschen vom Balkan, aus der Türkei und Afrika zum Ziel hat. Laut ECRI stehen Fahrende und Jenische mit einer nichtsesshaften Lebensweise immer noch einem Mangel an Aufenthaltsplätzen gegenüber sowie Vorurteilen, die zu Vorfällen von Diskriminierung führen. Die Straffung der Gesetzgebung für Asylsuchende und die Zunahme der Feindseligkeit ihnen gegenüber sind weitere Punkte, die Anlass zur Sorge geben.

Wann hat der Kommissar für Menschenrechte die Schweiz das letzte Mal besucht?

Alvaro Gil-Robles, der Vorgänger Thomas Hammarbergs, besuchte die Schweiz vom 29. bis 3. Dezember 2004 und untersuchte die Situation von Asylbewerbern und anderen ausländischen Staatsbürgern. In seinem Bericht beschreibt er die Schweiz als ein Land, das die Menschenrechte innerhalb der eigenen Grenzen in hohem Masse achtet und sich aktiv und überzeugend für die Achtung der Menschenrechte in der ganzen Welt einsetzt. Jedoch zeigt er sich auch besorgt über unakzeptable Massnahmen und ablehnende Haltungen gegenüber ausländischen Staatsbürgern sowie gewissen extremistischen Verhaltensweisen und Feindseligkeit gegenüber der Anerkennung der Rechte von Ausländern.

Wie viele Entscheidungen hat der EGMR letztes Jahr über die Schweiz gefällt?

2008 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte vier Urteile über die Schweiz gefällt. In jedem dieser Fälle erkannte das Gericht mindestens eine Verletzung der Konvention; in einem eine Verletzung des Rechts auf Freiheit und Sicherheit und in den drei anderen eine Verletzung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

Seit 1999, als der Gerichtshof seine Arbeit als ständige Einrichtung aufnahm, hat das Gericht 44 Urteile über die Schweiz gefällt. In 36 Urteilen erkannte es zumindest eine Verletzung, in sechs Fällen wurde keine Verletzung festgestellt. In zwei Fällen kam es zu einer gütlichen Einigung der Parteien. Die am häufigsten verletzten Rechte sind das Recht auf ein faires Verfahren und das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

Welche Schweizer Parlamentarier sind PACE-Mitglieder?

Die Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung umfasst sechs Vertreter und sechs Stellvertreter. Maximilian Reimann (ALDE) ist gegenwärtig Leiter der Schweizer Delegation. Die anderen fünf Vertreter sind Andreas Gross (SOC), Arthur Loepfe (EPP), Dick Marty (ALDE), Felix Müri (ALDE) und Doris Stump (SOC). Stellvertreter sind Theo Maissen (EPP/CD), Doris Fiala (ALDE), Hansjörg Walter (ALDE), André Bugnon (ALDE), Francine John-Calame (SOC) und Liliane Maury Pasquier (SOC).

Welche Schweizer Parlamentarier sind in der Kammer der Gemeinden und der Kammer der Regionen des Kongresses vertreten?

Die Delegation der Schweiz besteht in jeder Kammer aus sechs Vertretern und sechs Stellvertretern.

Vertreter in der Kammer der Gemeinden sind Dario Ghisletta (SOC), Stellvertretender Stadtrat von Bellinzona, Françoise Jeanneret (SOC), Gemeinderätin von Neuenburg, Ernst Tobler (ILDG), Gemeindepräsident von Rorschacherberg, Esther Maurer (SOC), Stadträtin von Zürich, Jon Domenic Parolini (ILDG), Gemeindepräsident von Scuol, und Laurent Wehrli (ILDG), Stadtrat von Montreux.

Repräsentanten in der Kammer der Regionen sind folgende Vertreter der Kantonsregierungen: Kathrin Hilber (SOC), Sankt Gallen, Bernard Soguel (SOC), Neuenburg, Urs Wüthrich-Pelloli (SOC), Basel-Landschaft, Philippe Receveur (EPP/CD), Jura, Heinz Tännler (ILDG), Zug, und Heidi Z'graggen (EPP/CD), Uri.

Kontakt:

Pressestelle:

Henriette Girard (henriette.girard@coe.int, Tel. + 33 (0)3 88 41 21 41)

Pressekorrespondent:

Udo Seiwert-Fauti (udo@europeanmedia.eu, Tel.+49 (0)7808 911 136, Mob. +49 (0)171 4962273)

Aktualisiert: Oktober 2009